

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit,  
Wirtschaft und Gleichstellung  
am Mittwoch, dem 11.09.2024, im Großen Ausschusszimmer des  
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 10:50 Uhr**

		Seite
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
2.	Bericht der Verwaltung	6
3.	Bericht des Jobcenters zum Arbeitsmarkt im Kreis Warendorf	<b>149/2024</b> 7
4.	Bericht über die Vermittlung von Jugendlichen	<b>150/2024</b> 9
5.	Bericht über das Projekt ReStart	<b>151/2024</b> 11
6.	Bericht der Kreishandwerkerschaft Steinfurt Warendorf und der IHK Nord Westfalen zum Thema Ausbildungsabbrüche	<b>152/2024</b> 13
7.	Vorstellung des Sozialleistungsberichtes 2024	<b>132/2024</b> 15

**Anwesend:**

<b>Ausschussmitglieder</b>
Budde, Heinrich
Fiedlers, Nils
Geiger, Andrea
Hollenhorst, Elisabeth K.
Kirchhoff, Norbert
Kocker, Dennis
Meyer, Ludger
Mindermann, Ursula
Schmedding, Josef
Schubert, David
Schulte, Stephan
Schulze Westhoff, Stephan
Starke, Dennis
Strübbe, Robert
Wamba, Gilbert
<b>stellv. Ausschussmitglieder</b>
Grap, Valeska
Tentrup-Beckstedde, Christoph
Welscheit, Martin
<b>von der Verwaltung</b>
Arizzi Rusche, Anna, Dr.
Bähner, Hannes
John, Kai
Pöppelmann, Bastian
Smotzok, Silke
<b>Gäste</b>
Birkmann, Nicole
Rasche-Gramer, Jasmin
Schrade, Günter

**Es fehlten entschuldigt:**

**Ausschussmitglieder**

Bas, Ali

Freiwald, Klaudius

Lehnert, Susanne, Dr.

Zimmermeyer-Schürmann, Heike

Frau Hollenhorst (B90/Die Grünen) eröffnet die Sitzung um 09:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Sie erklärt, Sie freue sich auf die in dieser Sitzung zahlreich anwesenden Gäste, die das vorgestellte Zahlenwerk mit Leben füllen werden.

Herr Kocker (SPD) merkt vor dem Beginn mit der Tagesordnung an, dass die Präsentationen zu den Sitzungen des AWiG recht kurzfristig hochgeladen würden, was die vorgeschaltete Besprechung in den vorher stattfindenden Fraktionssitzungen und damit die politische Diskussion im Ausschuss erschwere. Es bestehe somit der Wunsch, die Präsentationen deutlich früher zur Verfügung gestellt zu bekommen. Der Leiter des Jobcenters, Herr Kai John, gibt daraufhin zu bedenken, dass die Präsentationen teils von externen Organisationen erstellt würden und zudem der Anspruch bestehe, möglichst aktuell zu berichten. Er sichert aber eine Prüfung der Optionen zu.

Die Vorsitzende stellt den form- und fristgerechten Zugang der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

<b>1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner</b>	
--	--

Es werden keine Fragen gestellt.

<b>2. Bericht der Verwaltung</b>	
----------------------------------	--

Herr John berichtet über das Projekt „Job-Assist“, bei dem man ukrainische Geflüchtete mit dem Ziel einstelle, ihren Landsleuten bei der Integration auf dem Arbeitsmarkt zu helfen. Das Projekt laufe sehr erfolgreich, sodass eine Fortführung oder eine Übernahme der entsprechenden Geflüchteten in die regulären Vermittlungsteams geplant sei.

Überdies berichtet Herr John von einem kürzlichen Termin mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (MAGS NRW), bei dem er erfahren habe, dass die Vermittlungsoffensive im nächsten Jahr fortgesetzt werden solle. Weitere Details hierzu folgten in der nächsten Ausschusssitzung.

Vor dem Hintergrund von Mindereinnahmen durch sinkende Eingliederungstitel im folgenden Jahr und der daraus entstehenden Notwendigkeit, die zur Verfügung stehenden Mittel gezielt einzusetzen, sei eine Ausweitung des Werkcampus, auch in personeller Hinsicht, geplant. Für den Werkcampus sei der Kreis Warendorf im Rahmen seiner Zulassung als Maßnahmenträger selbst zuständig. Der Umfang dieser Ausweitung werde in der nächsten Ausschusssitzung erörtert.

<b>3.</b>	<b>Bericht des Jobcenters zum Arbeitsmarkt im Kreis Warendorf</b>	<b>149/2024</b>
-----------	---	-----------------

Herr John stellt anhand der als **Anlage 1** beigefügten PowerPoint-Präsentation die aktuelle Lage im Kreis Warendorf dar. Er erläutert, dass die Arbeitslosenquote im Kreis Warendorf stabil unter dem Landesdurchschnitt liege, die zukünftige Entwicklung vor dem Hintergrund von Betriebsschließungen auch im Kreisgebiet jedoch ungewiss sei. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften steige weiter an, eine Steigerung sei auch für 2025 prognostiziert, was zu höheren Belastungen im Haushalt des nächsten Jahres führen werde. Herr John zeigt sich erfreut über den Anstieg der Integrationszahlen im Kreisgebiet und hofft auf eine Fortsetzung des Trends im Jahr 2025. Auch die Ausgaben im Bereich Bildung und Teilhabe würden sich positiv entwickeln. Bei der Vermittlungsoffensive des Landes erziele das Jobcenter größere Erfolge als zunächst angenommen und erreiche über niedrighschwellige Angebote vergleichsweise viele leistungsbeziehende Personen. Die Fortsetzung dieses Trends im folgenden Jahr sei wünschenswert. Die geringe Zahl der Leistungsminderungen bei Pflichtverletzungen und Meldeversäumnissen führt Herr John vor allem auf das komplexe Verfahren zurück und hebt gleichzeitig die sehr niedrige Quote an Widersprüchen gegen Leistungsminderungen hervor. In Bezug auf die anfänglichen Probleme, die neu zur Verfügung gestellten Mittel für Eingliederungstitel zu verausgaben, dankt er für die unfassbare Teamleistung im Vermittlungsbereich wegen der die Verausgabungsquote massiv gestiegen sei. Überdies sei für das kommende Jahr eine Senkung der zur Verfügung stehenden Eingliederungstitel zu erwarten.

Herr Schubert (CDU) erkundigt sich nach den spezifischen Problemen der Betroffenen, die zu Meldeversäumnissen und Pflichtverletzungen führten. Herr John erläutert dazu, die Probleme seien sehr individuell und könnten sowohl psychischer als auch finanzieller Natur sein. Frau Smotzok, Teamleiterin des Arbeitgeberservice, ergänzt hierzu, dass eingeschränkte verkehrstechnische Möglichkeiten ebenfalls häufig eine Rolle spielten.

Herr Schulze Westhoff (CDU) zeigt sich besorgt über die steigende Anzahl an Bedarfsgemeinschaften insgesamt und den deutlich erkennbaren Zuwachs an ausländischen erwerbsfähigen Leistungsbezieherinnen und Leistungsbeziehern. Er möchte gerne wissen, ob die Zahlen der Bedarfsgemeinschaften aus dem aktuellen Haushaltsplan zu halten seien und sich die Integration durch eine zukünftige Kürzung der Eingliederungstitel erschwere. Herr John erklärt, dass die Prognose an Bedarfsgemeinschaften für das Jahr 2024 in Höhe von 8.100 voraussichtlich zu halten sei und man gegebenenfalls knapp darunter verbleibe. Bezüglich der Kürzung der Eingliederungstitel führt er aus, dass hierdurch zwingend Maßnahmen wegfallen müssten und die Notwendigkeit entstehe, gezielt Schwerpunkte zu setzen.

Frau Mindermann (B90/Die Grünen) dankt Herrn John für die Berichterstattung und stellt die Frage, inwiefern die Sprachbarriere die Integrationsquote beeinflusse. Herr John erklärt hierzu, dass im Rahmen der Vermittlungsoffensive der Fokus primär auf der Arbeitsvermittlung liege und der Spracherwerb zunehmend parallel zur Berufstätigkeit stattfinde. Dass dieses Vorgehen Wirkung zeige, so Frau Smotzok, könne

man an den gestiegenen Vermittlungszahlen für Geflüchtete erkennen. Teilweise bildeten Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber geflüchtete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sogar selber in der Sprache aus und setzten dadurch berufsbezogene Akzente. Frau Mindermann möchte daraufhin gerne wissen, ob das Engagement der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber im Spracherwerb stärker gefördert werden könne. Herr John gibt zu bedenken, dass die Entscheidung zur betrieblich gesteuerten Sprachförderung letztlich beim Betrieb liege, die Wirtschaft aktuell aber einen großen Antrieb in diesem Bereich zeige.

Herr Kocker (SPD) bittet im Kontext der Vermittlungsoffensive um eine Erklärung der Schwankung im Verhältnis zwischen den 8 Herkunftsländern und den ukrainischen Geflüchteten für die Teilnehmerzahl und die Erfolgsquote. So seien mehr Geflüchtete aus der Ukraine unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern als Geflüchtete aus den 8 Herkunftsländern. Bei der Erfolgsquote kehre sich diese Verteilung aber um. Herr John sieht hierfür die Sprachbarriere als entscheidenden Faktor. So durchliefen die Geflüchteten aus den 8 Herkunftsländern zunächst ein Asylverfahren, in dem eine Sprachausbildung verankert sei. Dies treffe für die ukrainischen Geflüchteten nicht zu, was für diese einen Nachteil in der Integration darstelle.

<b>4. Bericht über die Vermittlung von Jugendlichen</b>
---

<b>150/2024</b>
-----------------

Die Vorsitzende gibt das Wort an Frau Smotzok. Wie in der letzten Ausschusssitzung angekündigt, berichtet Frau Smotzok anhand der als **Anlage 2** beigefügten Power-Point-Präsentation über die Vermittlung von Jugendlichen durch das Jobcenter Kreis Warendorf und die aktuelle Situation der zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze im Kreisgebiet. Das oberste Ziel sei hier, Jugendliche in eine Ausbildung zu vermitteln und so eine langfristige Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Hierzu stünden im Jobcenter spezielle Vermittlerinnen und Vermittler für Personen unter 25 Jahren zur Verfügung, sodass die betroffenen Personen im 4-wöchigen Rhythmus eingeladen werden könnten.

Herr Schrade, Geschäftsführer des Geschäftsbereichs Bildung der Kreishandwerkerschaft Steinfurt Warendorf, erklärt ergänzend, dass die Kreishandwerkerschaft Steinfurt Warendorf das Projekt der Übergangslotsen, welches der Vermittlung von Jugendlichen diene, aufgrund mangelnder Wertschätzung durch das Land NRW einstellen werde.

Herr Schulze Westhoff (CDU) möchte gerne wissen, in welchen Bereichen und Orten die 370 offenen Ausbildungsplätze im Kreis Warendorf bestünden und wie sich die Belegung der Ausbildungsplätze in der Kreisverwaltung selber darstelle. Frau Smotzok erklärt, dass die Zahl der offenen Ausbildungsplätze aus der Statistik „Der Ausbildungsmarkt“ der Bundesagentur für Arbeit für die Region des Kreises Warendorf stamme und eine Aufschlüsselung nach Wirtschaftsbereichen und Orten zu Protokoll genommen werde. Ebenso könne auch mit dem Stand der Belegung der Ausbildungsplätze bei der Kreisverwaltung verfahren werden.

Eine Aufschlüsselung der offenen Ausbildungsplätze nach einzelnen Kommunen ist nach Rücksprache mit der Bundesagentur für Arbeit aufgrund einer geringen und unsicheren Datenmenge und aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich. Eine Übersicht über die Verteilung der unbesetzten Ausbildungsstellen im Kreisgebiet auf die einzelnen Wirtschaftszweige kann dem als **Anlage 3** beigefügten Dokument entnommen werden. Das Haupt- und Personalamt des Kreises Warendorf gibt zur Nachfrage von Herrn Schulze Westhoff über die Besetzung der Ausbildungsplätze bei der Kreisverwaltung an, dass die Ausbildungsstellen zum Ausbildungsstart im Sommer 2024 alle besetzt werden konnten und im „Verwaltungslehrgang II für Quereinsteigende kompakt“ zum 01.02.2024 eine Stelle nicht besetzt werden konnte. Die Ausbildungsstellen zum Ausbildungsstart 2025 wären aktuell ausgeschrieben und würden jetzt im Zuge der Auswahlverfahren besetzt.

Frau Mindermann (B90/Die Grünen) stellt die Frage, warum trotz ausreichend zur Verfügung stehender Ausbildungsplätze eine hohe Anzahl an Ausbildungsplatzsuchenden bestehe und inwiefern eine Zusammenarbeit mit Schulen stattfinde.

Frau Smotzok erklärt, dass häufige Gründe für die ausbleibende Nutzung von Ausbildungsplatzangeboten die Gesundheit, die familiären Rahmenbedingungen oder auch Wohnungslosigkeit seien. Auch eine Sprachbarriere spiele immer wieder eine große Rolle. Eine Zusammenarbeit mit und in Schulen sei bei Einwilligung der Jugendlichen möglich und fände in Form von Projekten und Beratungen vor Ort bereits regelmäßig statt. Frau Mindermann möchte daraufhin gerne wissen, inwiefern Prakti-

ka bei der Ausbildungsvermittlung eine Rolle spielten. Besonders erfreulich sei, so Frau Smotzok, dass seit dem Jahr 2024 im Bereich der U25-Jährigen Berufsorientierungspraktika für bis zu 6 Wochen pro Arbeitgeber möglich seien.

**5. Bericht über das Projekt ReStart**

**151/2024**

Die Vorsitzende begrüßt Frau Nicole Birkmann und Frau Jasmin Rasche-Gramer, Vertreterinnen des Kolping Bildungswerks Diözesanverband Münster GmbH, welche anhand der als **Anlage 4** beigefügten PowerPoint-Präsentation das Projekt ReStart vorstellen. Frau Rasche-Gramer erklärt das ReStart-Projekt als ein Vorhaben bei dem man schwer erreichbare Jugendliche im Kreis Warendorf durch intensive und individuelle Betreuung in Maßnahmen vermittele. Frau Birkmann merkt an, dass das im Auftrag des Jobcenters Kreis Warendorf stattfindende Projekt aufgrund der Niedrigschwelligkeit von Jugendlichen sehr positiv wahrgenommen werde.

Frau Smotzok dankt dem Kolping Bildungswerk für seine Arbeit und hebt die Problematik hervor, dass die Inanspruchnahme der Betreuung im Projekt ReStart freiwilliger Natur sei und schwer erreichbare Jugendliche dem Projekt ohne Einwilligung nicht zugewiesen werden könnten.

Herr John gibt an, das Projekt ReStart im nächsten Jahr nicht fortsetzen zu wollen. Insbesondere die sinkenden Eingliederungstitel im kommenden Jahr und die hohen Kosten, die mit dem Projekt verbunden seien, wären für diese Entscheidung ausschlaggebend gewesen. Überdies bestehe eine Unstimmigkeit mit dem Bundesrechnungshof über die Frage, wer an dem Projekt teilnehmen dürfe. Nach Ansicht des Bundesrechnungshofes seien dies lediglich Personen, welche zu Beginn der Maßnahme keine Leistungen nach dem SGB II beziehen. Laut Herrn John erschwere dies enorm als Jobcenter überhaupt Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die Maßnahme zu finden.

Frau Rasche-Gramer drückt ihr Bedauern über diese Entscheidung aus und prognostiziert eine Lücke durch den Wegfall des Projekts.

Die Sozialdezernentin, Frau Dr. Anna Arizzi Rusche, weist diesbezüglich auf die verschiedenen weiteren sozialen Angebote des Kreises Warendorf außerhalb des Jobcenters hin und nennt hier exemplarisch die Streetworker aus dem Amt für Jugend und Bildung. Zudem bestehe das Instrument des aufsuchenden Coachings im Jobcenter weiterhin. Vor dem Hintergrund der sinkenden Eingliederungstitel im kommenden Jahr sei ein ressourcenorientierteres Vorgehen im Jobcenter unumgänglich. Insbesondere müssten Doppelstrukturen vermieden werden. Frau Dr. Arizzi Rusche dankt dem Kolping Bildungswerk für die bisher geleistete Arbeit.

Herr Schulte (Die Fraktion) wundert sich über das Missverhältnis zwischen den gestiegenen Kosten für das Projekt und einer gesunkenen Teilnehmerzahl.

Herr John erklärt die gesunkene Teilnehmerzahl mit den oben beschriebenen Unstimmigkeiten mit dem Bundesrechnungshof.

Herr Budde (CDU) möchte gerne wissen, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Betreuung der Jugendlichen eingesetzt würden. Frau Birkmann gibt die Auskunft, dass aktuell 2 Vollzeitstellen und 2 Teilzeitstellen bestünden, sodass insgesamt 3 Vollzeitäquivalente erreicht würden. Herr Budde zeigt sich irritiert über das

Verhältnis zwischen betreuenden Fachkräften und betreuten Jugendlichen. Laut Präsentation seien in der Zeit vom Februar 2023 bis zum Sitzungstag lediglich 38 Personen betreut worden. Frau Birkmann merkt hierzu an, dass der Betreuungsaufwand mitunter sehr groß sei und es bis zu 5 Kontakten pro Woche mit den Jugendlichen gebe. Frau Smotzok merkt hierzu an, dass man ebenfalls Gespräche führe, die nicht in einer Teilnahme mündeten, den Betroffenen aber dennoch eine Hilfestellung gäben.

Frau Grap (B90/Die Grünen) erklärt, sie kenne die Problemstellung eines enorm großen Personalbedarfs auf der einen Seite und eines knappen Budgets auf der anderen Seite aus der Jugendhilfe. Dennoch sei es wichtig, kein Kind zurückzulassen, um langfristige gesellschaftliche Folgen zu vermeiden. Frau Grap dankt dem Kreis Warendorf dafür, dass das Projekt trotz hoher Kosten solange unterstützt wurde. Zudem hoffe Sie auf eine Wahrnehmung des Problems von schwer erreichbaren Jugendlichen auf höher gelagerten Ebenen der Politik und der Verwaltung.

Herr John erklärt in Bezug auf den Kommentar von Frau Grap, dass das Instrument des aufsuchenden Coachings als mögliche Alternative nicht an eine Altersgruppe geknüpft sei und deshalb auch die Ausweitung des in diesem Feld tätigen Werkcampus als wichtig erachtet werde.

Herr Kocker (SPD) erklärt, er finde die Reaktion von Herrn Budde auf den Betreuungsschlüssel im Projekt ReStart problematisch. Ohne Projekte wie dieses entstünden durch einen langfristigen Leistungsbezug von Jugendlichen hohe Folgekosten.

Frau Dr. Arizzi Rusche merkt hierzu an, dass die integrierten Jugendlichen nur eine gewisse Zeitspanne auf der vermittelten Stelle arbeiten müssten, um in der Statistik als vermittelt gezählt zu werden. Frau Rasche-Gramer hebt die nachhaltige und langfristige Orientierung des Projekts hervor.

Herr Budde (CDU) stellt bezugnehmend auf den Kommentar von Herrn Kocker fest, dass offensichtlich unterschiedliche Ansichten bestünden. Selbstverständlich müssten Jugendliche in die Arbeitswelt integriert werden, die langfristige Bezahlbarkeit der dafür notwendigen Maßnahmen dürfe man aber nicht aus den Augen verlieren. Eine solche Bewertung der Lage müsse doch erlaubt sein.

Die Vorsitzende dankt Frau Birkmann und Frau Rasche-Gramer für die Präsentation ihrer Arbeit. Die Referentinnen danken ebenfalls und planen auch zukünftig weiter motiviert an der Aktivierung von Jugendlichen zu arbeiten.

<b>6.</b>	<b>Bericht der Kreishandwerkerschaft Steinfurt Warendorf und der IHK Nord Westfalen zum Thema Ausbildungsabbrüche</b>	<b>152/2024</b>
-----------	---	-----------------

Die Vorsitzende heißt Herrn Günter Schrade, Geschäftsführer des Geschäftsbereichs Bildung der Kreishandwerkerschaft Steinfurt Warendorf, herzlich Willkommen und übergibt ihm das Wort. Herr Schrade stellt anhand des als **Anlage 5** beigefügten Dokuments das Thema der Ausbildungsabbrüche dar. Er bedankt sich zunächst für die Möglichkeit, dieses wichtige Thema heute im Ausschuss präsentieren zu dürfen. Er freue sich insbesondere auf einen anregenden Austausch im Nachgang zur Präsentation. Herr Schrade hebt insbesondere hervor, dass die Abbruchzahlen im Ausbildungsbereich seit 2020 kontinuierlich anstiegen und mittlerweile eine besorgniserregende Höhe erreicht hätten. Für die Eruiierung möglicher Gründe sei eine differenzierte Betrachtungsweise notwendig. Gründe seien sowohl bei den Auszubildenden als auch bei den ausbildenden Betrieben erkennbar. Insbesondere hebt er hervor, dass Ausbildungsabbrüche kein handwerksspezifisches Problem seien, sondern in vielen Branchen problematische Ausmaße angenommen hätten. Von großer Wichtigkeit sei es, in den nächsten Jahren die Attraktivität der Ausbildung zu steigern, auch durch intensivere Hilfestellungen bei der Berufsorientierung. Eine Möglichkeit bestehe darin, handwerkliche Tätigkeiten in den schulischen Alltag zu integrieren. Auch ein Überdenken der Fülle an Berufskollegs müsse stattfinden.

Die Vorsitzende dankt dem Referenten. Sie freue sich nun auf die anschließenden Fragen.

Herr Budde (CDU) stellt fest, dass damit ca. 1/3 der Auszubildenden die Ausbildung abbrechen und sich die Zahlen im akademischen Bereich ähnlich verhielten. Er möchte gerne wissen, ob sich die vorgestellten Zahlen auf einen bestimmten örtlichen Bereich bezögen. Herr Schrade teilt mit, dass die Zahlen die Situation in ganz NRW widerspiegeln.

Frau Mindermann (B90/Die Grünen) dankt zunächst dem Referenten und fragt anschließend nach Erfahrungen mit Studienabbrechern die danach eine betriebliche Ausbildung beginnen. Überdies würde Sie gerne wissen, ob eine unpassende Erwartungshaltung bei den Ausbildungsabbrüchen eine Rolle spiele und welche Erfahrungen mit dem AsA flex-Programm gemacht würden. Herr Schrade bedauert, leider keine Zahlen zu den Studienabbrechern in Ausbildungsberufen erläutern zu können, da diese aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht erhoben würden. Zum Thema der unpassenden Erwartungshaltung führt er aus, dass es durchaus dazu kommen könne, dass die Chemie zwischen Betrieb und Auszubildenden nicht passe. Unmotivierte Betriebe im Bereich der Ausbildung gebe es aber heute immer seltener, da der Druck auf Unternehmen durch den Fachkräftemangel wachse. Im AsA flex-Programm sehe er ein gutes Konzept zur Hilfestellung, welches aber durch einen hohen bürokratischen Aufwand konterkariert werde.

Herr Schubert (CDU) hält es für schwierig, wenn sich sehr junge Jugendliche beruflich orientieren sollen und befürchtet einen möglichen Praxisschock in vielen Fällen. Er führt in diesem Zusammenhang das Lübecker Freiwillige Handwerksjahr an, wel-

ches neben dem Freiwilligen Sozialen Jahr sowie dem Freiwilligen Ökologischen Jahr stehe und eine Perspektive biete, einen Praxisschock zu vermeiden. Herr Schubert würde gerne wissen, ob ein solches Projekt auch im Kreis Warendorf existiere. Herr Schrade erklärt, dass er das Freiwillige Handwerksjahr für eine sehr gute Idee halte, die Umsetzung aber Sache des Landes NRW und deshalb aktuell noch nicht vorhanden sei. Man arbeite aber an einer Einführung.

Die Vorsitzende dankt Herrn Schrade für die Präsentation und beendet den Tagesordnungspunkt 6.

<b>7. Vorstellung des Sozialleistungsberichtes 2024</b>	<b>132/2024</b>
---	-----------------

Die Vorsitzende erläutert, dass der als **Anlage 6** beigefügte Sozialleistungsbericht ein sehr umfassendes Werk sei, welches in verschiedenen Ausschüssen diskutiert werde und sich häufig auch auf das Jobcenter beziehe. Heute sei eine Vorstellung im AWiG geplant. Die Vorsitzende übergibt das Wort an Herrn John.

Herr John erklärt, dass die Abschnitte „Bildungs- und Teilhabepaket“ ab S. 21, „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ ab S. 48 und „Sozialraumorientierung und Kooperation als Kernstücke sämtlicher Strategien“ ab S. 96 die für das Jobcenter zentralen Bereiche darstellten. Aus dem Ausschuss werden zu diesen Abschnitten keine konkreten Fragen gestellt, sodass Herr John den Tagesordnungspunkt 7 damit schließt.

Die Vorsitzende bedankt sich bei allen Anwesenden und erklärt, dass Sie sich schon auf die kommende Sitzung am 20.11.2024 freue, da dort die Beratungen zum Haushalt 2025 stattfinden. Sie beendet die Sitzung um 10:50 Uhr.

Elisabeth K. Hollenhorst  
Vorsitzende

Dr. Anna Arizzi Rusche  
Schriftführerin